

Pressemitteilung



40 Jahre
Kreisgruppe
Main-Spessart

Marktheidenfeld,
19.05.2014

PM der BN Kreisgruppe
Main-Spessart zu
TTIP

Informationsveranstaltung TTIP unfairhandelbar!

Cartoon: Stefan Roth, Attenweiler

TTIP – hinter diesen vier Buchstaben verbirgt sich die "Transatlantic Trade and Investment Partnership", das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA. Wirtschaftsliberale auf beiden Seiten versprechen sich von diesem Abkommen Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Da die Zölle zwischen der EU



und der USA bereits sehr niedrig sind, soll der Handel vor allem dadurch erleichtert werden, dass unterschiedliche Standards entweder angeglichen oder gegenseitig anerkannt werden. Das könnte bedeuten, dass sich in verschiedenen Bereichen der kleinste gemeinsame – und zugleich für Bürgerinnen und Bürger sowie die Umwelt schädlichste – Nenner durchsetzt. Der BUND Naturschutz und andere Verbände sind deshalb kritisch: Sie warnen vor einer Aufweichung von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und einer Aushöhlung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien zugunsten multinational agierender Unternehmen.

Da die Verhandlungen unter strengster Geheimhaltung vor der Zivilgesellschaft und den Parlamenten stattfinden, ist noch unklar, welche Standards konkret betroffen sind. Klar ist jedoch, welche Interessen die unterschiedlichen Wirtschaftsakteure verfolgen, die auf die US-Regierung und die Europäische Kommission Druck ausüben. Sie wünschen sich Erleichterungen für den Export ihrer Güter vor allem in den Bereichen Chemikalien, Gentechnik, Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit sowie Energie und Klimaschutz. Dazu zählen unter anderem eine schnellere Zulassung von gentechnisch veränderten Sorten, höhere Grenzwerte für Pestizidrückstände in Lebensmitteln oder Förderung und Import von Schiefergas (Fracking).

Zudem würden Unternehmen weitgehende Einflussmöglichkeiten auf künftige Gesetze bekommen und könnten Staaten, die ihre Bürger oder die Umwelt durch neue Regeln schützen wollen, auf Entschädigungen verklagen. Ob im Bereich der Landwirtschaft, der Chemikalienpolitik oder des Naturschutzes – Vorhaben, die gegenwärtigen Zustände zu verbessern, wären kaum noch durchsetzbar. Vielmehr könnten hormonbelastetes Fleisch, genmanipulierte Pflanzen, die Privatisierung der Trinkwasserversorgung und andere höchst unerfreuliche Themen wieder aktuell werden.

Durch TTIP könnten nicht nur bestehende Standards aufgeweicht werden. Über das geplante Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) würde auch die Möglichkeit einer weiteren Verbesserung des Umwelt- und Verbraucherschutzes dramatisch eingeschränkt. Bei jedem Gesetzesvorschlag könnten Unternehmen Staaten auf Entschädigung verklagen, wenn sie ihre erwarteten Gewinne bedroht sehen – vor internationalen Schiedspanels,

BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Kreisgruppe Main-Spessart
Südring 2
97828 Marktheidenfeld

Tel/fax 09391 / 8892

bn-msp@t-online.de





BUND
Naturschutz
in Bayern e.V.

Pressemitteilung

die im Geheimen tagen und deren Entscheidungen bindend sind – vorbei an der nationalen Gerichtsbarkeit. Da es bei solchen Klagen um zwei- oder dreistellige Millionensummen geht, führen sie häufig dazu, dass anspruchsvolle neue Gesetze zum Umwelt- und Gesundheitsschutz abgeschwächt oder gar nicht erst erlassen werden.

Auch der geplante "Rat für regulatorische Kooperation" lässt für einen ehrgeizigen Umwelt- und Verbraucherschutz nichts Gutes erwarten. Durch den Rat würde eine regelmäßige Abstimmung zwischen Behörden der USA und der EU bezüglich neuer Gesetzesvorhaben etabliert. Wirtschaftsakteure sollen dabei ein Mitspracherecht haben – und könnten solche Gesetze stoppen, noch bevor sie von einem demokratisch gewählten Parlament diskutiert würden.

Umweltschützer, Bauern und Imker fordern gemeinsam mit Wirtschaftsunternehmen von den Kandidaten zur Europawahl ein klares Bekenntnis zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in Bayern und Europa. Dazu gehöre auch das Bekenntnis zum Stopp der intransparenten Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen. Bauern und Unternehmen der Öko-Lebensmittelbranche befürchten, dass der Import nicht gekennzeichnete gentechnisch verunreinigter Lebensmittel zu höheren Kosten bei der Warenkontrolle führt und die Lebensmittelproduktion massiv verteuert

Eine bäuerlich geprägte, umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft könne in Bayern und Deutschland nur dann weiter existieren, wenn Agrogentechnik langfristig verhindert werden könne. Auch der Einsatz gentechnisch veränderter Import-Futtermittel müsse so schnell wie möglich beendet werden. Gerade auch das Naturprodukt Honig und die Imker sind durch den Einsatz von Gentechnik und Pestiziden existenziell bedroht.

BUND Naturschutz Vorsitzender Hubert Weiger: „Die Menschen müssen deshalb sehr genau hinschauen, welcher Partei und welchen Kandidaten sie ihre Stimme bei der Europawahl geben. Denn nur wenige setzen sich für echten Schutz von Verbraucherrechten und für eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft ein. Sollte es zum Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen EU und den USA kommen, dann drohen demokratische Errungenschaften im Umwelt- und Verbraucherschutzbereich der letzten Jahrzehnte verloren zu gehen.“

TTIP unfairhandelbar!

Unter diesem Motto veranstalten BUND Naturschutz Main-Spessart, Evangelische und Katholische Kirche Marktheidenfeld und Weltladen eine Informationsveranstaltung am Dienstag, 8. Juli 2014 um 20.00 Uhr im Neuen Gemeindehaus der Evangelischen Kirche in Marktheidenfeld, Würzburger Straße. Rednerin ist Frau Karin Deraed, Diakonisches Werk Bayern e.V., Brot für die Welt.

Weitere Informationen:

BUND Naturschutz Main-Spessart
www.main-spessart.bund-naturschutz.de

BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Kreisgruppe Main-Spessart
Südring 2
97828 Marktheidenfeld

Tel/fax 09391 / 8892

bn-msp@t-online.de

